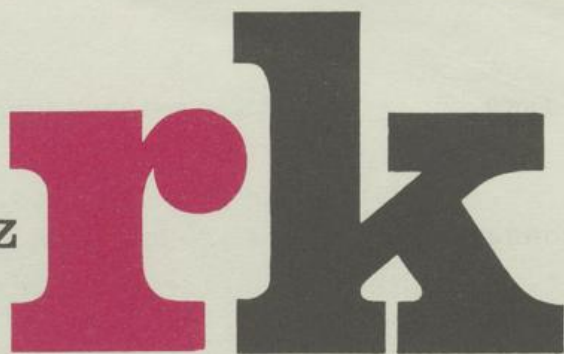


rathaus · korrespondenz

Chef vom Dienst: 42 800/2971 (Durchwahl)
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr,
So. 12 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband



gegründet 1861

TELEFONNACHRICHTEN: 15 40

Montag, 17. Oktober 1983

Blatt 2819

Heute in der "RATHAUSKORRESPONDENZ":

Bereits über FS
ausgesendet:
(grau)

Psychiatrie: Keine Pauschalurteile

Kommunal:
(rosa)

Wiens 17. Pensionistenheim wird eröffnet
Neue Verkehrsbetriebe-Tarife beschlossen
Berufsschule für Schlosser und Glaser modernisiert
Finanzausschuß gegen Verlegung der
VEW-Hauptverwaltung
Graz: Wien als weltoffene Stadt inmitten offener
Grenzen
Wiener ÖVP kritisiert Auftragsvergabe der Gemeinde
Wien
Sozialkonferenz über Rehabilitation im Alter

Lokal:
(orange)

"Roßauer Reminiszenzen"
Schutz für Fußgeher in der Grinzinger Allee

Sport:
(grün)

Wien: Austragungsort der Union-Bundeskampfspiele
1985

Nur

über FS: 14.10. Vorrang mißachtet - vier Pkw beschädigt
15.10. Hietzinger Senioren siegten beim Seniorenquiz 1983
16.10. Wasserrohrbruch im 9. Bezirk
17.10. Dienstag Pressegespräch des Bürgermeisters

.....
Bereits am 14. Oktober 1983 über Fernschreiber ausgesendet
.....

Psychiatrie: Keine Pauschalurteile

=++++

9 #Wien, 14.10. (RK-KOMMUNAL) Gegen Pauschalurteile über das Personal im Psychiatrischen Krankenhaus Baumgartner Höhe wandte sich Freitag Gesundheits- und Sozialstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER in einer Stellungnahme gegenüber der "RATHAUSKORRESPONDENZ". Der aus dem Ausland zurückgekehrte Stadtrat nahm damit zu den Pressemeldungen bezüglich des Kontrollamtsberichtes über den Pavillon 16 im Psychiatrischen Krankenhaus Baumgartner Höhe Stellung. Univ.-Prof. Dr. Stacher wehrte sich in diesem Zusammenhang namens der Ärzte und Pfleger, die ihren Dienst nicht nur ordentlich versehen, sondern oft viel mehr als nur ihre Pflicht tun, gegen alle Pauschalurteile.#

Als der in seinem Auftrag erstellte Kontrollamtsbericht vor etwa einem Jahr vorlag, wurden alle Bediensteten des Pavillons versetzt. Seitens des Anstaltenamtes (Magistratsabteilung 17) war und ist es nicht möglich, im Fall jedes einzelnen Bediensteten strafbare Tatbestände nachzuweisen, weshalb von ihm, Stacher, auch die Einschaltung der Staatsanwaltschaft gefordert wurde. Ob und in welchem Ausmaß strafbare Handlungen begangen wurden, müssen die dafür zuständigen Stellen untersuchen. In diesem Zusammenhang wandte sich Stacher auch dagegen, daß sich jetzt, nach vielen Monaten, die Medien zum Richter machen, was, seiner Meinung nach, in einem Rechtsstaat abzulehnen sei. Der Gesundheitsstadtrat stellte fest, daß er, so wie bisher, alle jene Bediensteten, die ihre Arbeit ordentlich machen, voll in Schutz nehmen und damit verhindern werde, daß ein ganzer Berufsstand in Mißkredit kommt. Dies würde die laufende Psychiatriereform gefährden. Selbstverständlich wird gegen die Wenigen, die sich etwas zu Schulden kommen lassen, so wie bisher konsequent vorgegangen werden, schloß Stacher. (Schluß) zi/ko

NNNN

Wiens 17. Pensionistenheim wird eröffnet

=++++

2 Wien, 17.10. (RK-KOMMUNAL) Kommenden Donnerstag, den 20. Oktober, werden Bürgermeister Leopold GRATZ und Gesundheits- und Sozialstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER Wiens 17.

Pensionistenheim offiziell seiner Bestimmung übergeben. Das Pensionistenheim "Hetzendorf" im 12. Bezirk, Hermann-Broch-Gasse 3, bietet Platz für 281 betagte Wienerinnen und Wiener. Das Kuratorium Wiener Pensionistenheime verfügt damit nunmehr über

17 Pensionistenheime mit insgesamt 4.368 Wohnplätzen und 531 Betten in den Betreuungsstationen. Das neue Pensionistenheim wurde mit einem Kostenaufwand von 192 Millionen Schilling nach Plänen des Architektenbüros Fickl erbaut und eingerichtet. (Schluß) zi/gg

NNNN

17. Oktober 1983

"RATHAUSKORRESPONDENZ"

Blatt 2822

Wien: Austragungsort der Union-Bundeskampfspiele 1985

=++++

4 Wien, 17.10. (RK-SPORT) Eine wichtige Tagung hielten vom 14. bis 16. Oktober etwa siebzig Bezirksobmänner der Turn- und Sportunion aus allen Teilen Österreichs in der Bundeshauptstadt ab. Im Mittelpunkt dieses Treffens standen die Vorbereitungsarbeiten für die 7. Internationalen Bundeskampfspiele, die im Jahre 1985 in Wien ausgetragen werden.

Die Delegation wurde im Roten Salon des Rathauses von Wiens Sportstadtrat Franz MRKVICKA begrüßt.

Neben der Besichtigung zahlreicher Wettkampfstätten durfte auch eine Stadtrundfahrt im dreitägigen Programmablauf nicht fehlen.
(Schluß) hof/jh

NNNN

"Roßauer Reminszenzen"

=++++

5 Wien, 17.10. (RK-LOKAL) "Roßauer Reminszenzen" betitelt sich eine Ausstellung, die von Bezirksvorsteher Wolfgang SCHMIED in den Räumen des Bezirksmuseums Alsergrund, 9, Währinger Straße 43, kommenden Mittwoch, den 19. Oktober, um 18.30 Uhr eröffnet werden wird. Die Ausstellung vermittelt den Besuchern einen Überblick über die Entwicklung der Roßau bis zur Gegenwart. Unter den Ausstellungsstücken befinden sich zum Teil wertvolle Exponate aus dem Museumsbestand. So wird unter anderem ein aus dem Jahre 1656 stammender Gattogrenzstein gezeigt, der vom Museumsleiter geborgen werden konnte.

Die Ausstellung ist bis 21. Dezember jeweils Mittwoch von 9 bis 11 Uhr und Sonntag von 10 bis 12 Uhr geöffnet. (Schluß) zi/ko

NNNN

Schutz für Fußgeher in der Grinzinger Allee

=++++

6 #Wien, 17.10. (RK-LOKAL) Zum Schutz der Fußgeher, die die Grinzinger Allee in Döbling überqueren wollen, werden in dieser Woche zwischen der Paradisgasse und dem Kaasgraben drei Fußgeherinseln in der Fahrbahnmitte errichtet. In diesem Bereich ist es immer wieder zu Unfällen gekommen, da vor allem ältere Menschen nicht so schnell über die relativ breite Grinzinger Allee gehen können.#

Es wird eine Schutzinsel bei der Paradisgasse, eine bei der Kaasgrabengasse und eine bei der Straßenbahnstation zwischen diesen beiden Gassen gebaut werden. Zusätzlich werden in diesem Bereich Sperrlinien angebracht, die die Fahrbahnen einengen und dadurch die häufigen Geschwindigkeitsüberschreitungen der Kraftfahrer verhindern sollen. Die Bauarbeiten beginnen am Dienstag und werden - gutes Wetter vorausgesetzt - Donnerstag abgeschlossen sein. An diesen drei Tagen gibt es für den Verkehr auf der Grinzinger Allee stadteinwärts eine Umleitung über Daringergasse und Sieveringer Straße zur Billrothstraße. (Schluß) sc/ko

NNNN

Neue Verkehrsbetriebe-Tarife beschlossen

=++++

7 Wien, 17.10. (RK-KOMMUNAL) Der Gemeinderatsausschuß für Verkehr und Energie hat Montag früh mit den Stimmen der SPÖ den von den Wiener Verkehrsbetrieben vorgelegten Antrag auf Tarifierhöhung beschlossen. Die ÖVP-Fraktion wiederholte aus diesem Anlaß ihre Forderung nach einem dreijährigen Tarifstop. Die Debatte darüber sowie die endgültige Beschlußfassung wird in der Gemeinderatssitzung am kommenden Freitag, dem 21. Oktober, erfolgen. (Schluß) roh/ko

NNNN

Berufsschule für Schlosser und Glaser modernisiert

=++++

8 #Wien, 17.10. (RK-KOMMUNAL) Am Montag präsentierte die Berufsschule für Schlosser und Glaser, die im 1. Zentralberufsschulgebäude in der Mollardgasse 87 untergebracht ist, ihre neu adaptierten Unterrichtsräume. In einem Pressegespräch zog Vizebürgermeister Gertrude FRÖHLICH-SANDNER Bilanz über das umfassende

Modernisierungsprogramm für die Wiener Berufsschulen, in dessen Rahmen auch die Neugestaltung der Berufsschule für Schlosser und Glaser durchgeführt wurde:

- o 1975 wurde eine neue Berufsschule für Gastgewerbe als Zubau zum 3. Zentralberufsschulgebäude in der Längenfeldgasse errichtet (Kosten: 35 Millionen S).
- o 1976 wurden die Berufsschulen für Büro- und Industriekaufleute und für Einzelhandel gänzlich modernisiert (Kosten: 18,5 Millionen S).
- o 1977 folgte die Modernisierung der Berufsschulen für Großhandel (Kosten: 16,5 Millionen S).
- o 1978 wurde die Berufsschule für Industriekaufleute modernisiert. (Kosten: 15,4 Millionen S).
- o Aus einem ehemaligen Fabriksgebäude in Wien 7, Apollogasse 1, entstand das 4. Zentralberufsschulgebäude, das 1980 eröffnet werden konnte (Kosten: 82 Millionen S).
- o Es folgte 1983 die Adaptierung einer ehemaligen Volksschule für die Berufsschule für Bürokaufleute (Kosten: 21 Millionen S).#

Das 1. Zentralberufsschulgebäude in der Mollardgasse 87 wird seit zehn Jahren schrittweise und bei Aufrechterhaltung des vollen Unterrichtsbetriebes modernisiert. Die Berufsschule für Schlosser und Glaser, die im 4. Stock liegt, wurde um 15 Millionen S umgestaltet. Noch heuer wird mit dem Neubau einer Werkstättenhalle begonnen, die rund 36 Millionen S kosten wird. Für die gesamten Arbeiten im 1. Zentralberufsschulgebäude steht derzeit ein Sachkredit von 209 Millionen S zur Verfügung.

Ein weiteres Großvorhaben ist die Erweiterung des 2. Zentralberufsschulgebäudes in der Hütteldorfer Straße, wo die Arbeiten 1976 begonnen wurden. Heuer wurde der erste Teil des rund fünfzig Unterrichtsräume umfassenden Erweiterungstraktes fertiggestellt. Die Gesamtkosten für die Arbeiten im 2. Zentralberufsschulgebäude werden rund 220 Millionen S betragen.

Ein wesentlicher Schritt zur Modernisierung der Wiener berufsbildenden Pflichtschulen wird die Errichtung eines 5. Zentralberufsschulgebäudes in Wien 21 sein. (Forts. mgl.) emw/gg

Finanzausschuß gegen Verlegung der VEW-Hauptverwaltung

=++++

9 #Wien, 17.10. (RK-KOMMUNAL) Der Gemeinderatsausschuß für Finanzen und Wirtschaftspolitik sprach sich Montag einstimmig gegen eine Verlegung einzelner Abteilungen der Wiener VEW in andere Bundesländer aus. Finanzstadtrat Hans MAYR (SPö) und der zweite Präsident des Wiener Landtags Fritz HAHN (öVP) betonten, man sei zwar für Rationalisierungsbestrebungen in der Wiener Hauptverwaltung, eine Verlegung der Verkaufs-, Vertriebs- und Verwaltungsabteilungen in die Steiermark sei jedoch aus betriebswirtschaftlichen Überlegungen abzulehnen. Das Wirtschaftszentrum Wien sei, so Mayr und Hahn, mit seinen nationalen und internationalen Verbindungen gerade für diese Abteilungen der bessere Standort.#

Zwtl.: 47 Millionen für den Ausbau des Wiener Hafens

Ebenfalls einstimmig wurde ein Investitionskostenzuschuß von 47,4 Millionen Schilling für infrastrukturelle Investitionen im Hafen Freudenau beschlossen. Davon sollen noch heuer 12,4 Millionen Schilling verbaut werden. Geplant sind u.a. die Verbreiterung der Hafeneinfahrt Freudenau, die Neugestaltung der Einfahrt in die Zollfreizone, der Anschluß der Zollfreizone an das öffentliche Kanalnetz und die Herstellung des 10. Kaiabschnittes am Nord- und Westufer des Hafens Freudenau. (Schluß) sei/jh

NNNN

Gratz: Wien als weltoffene Stadt inmitten offener Grenzen
Utl.: Grundsteinlegung für Zentrum der ständigen UdSSR-Vertretung
bei der UNO

=++++

10 #Wien, 17.10. (RK-KOMMUNAL) Wiens Bürgermeister Leopold GRATZ erklärte Montag vormittag bei der Grundsteinlegung für den Gebäudekomplex der ständigen Vertretung der UdSSR bei der UNO in Wien, dies sei ein freudiger Tag und ein Symbol für den Optimismus für die Zukunft unserer Stadt. Es werde oft geradezu als selbstverständlich angenommen, daß Wien seit den Zeiten des Wiener Kongresses Zentrum für internationale Begegnungen sei. Man vergesse dabei nur allzu leicht, daß sich Wien in der Zweiten Republik diese Rolle neu erarbeiten mußte. Heute sei die Neutralität Österreichs ebenso anerkannt wie die Rolle Österreichs für Frieden und Völkerverständigung. Wien habe auch versucht, optimale Arbeitsräume und ein optimales Klima für die UNO zu schaffen, um eine weltoffene Stadt inmitten offener Grenzen zu sein. Wien sei damit ein neuer Ort der Begegnung geworden. Gerade in Zeiten massiver Zweifel an der Friedenserhaltung sei diese Grundsteinlegung ein Zeichen des Optimismus für Frieden und Zusammenarbeit in Europa. Er hoffe, daß in der im Gebäudekomplex enthaltenen Schule Kinder erzogen werden, die in einer glücklichen und friedlichen Welt leben werden, schloß der Bürgermeister.#

(Schluß) rö/ko

NNNN

Wiener ÖVP kritisiert Auftragsvergabe der Gemeinde Wien
Utl.: Wettbewerbsgleichheit mit Privatwirtschaft verlangt
=++++

11 Wien, 17.10. (RK-KOMMUNAL) Die ÖVP-Gemeinderäte CVETKOVIC, Ing. MANDAHUS und Dr. F. MAIER kritisierten am Montag in einem Pressegespräch die Auftragsvergabe durch die Gemeinde Wien. Die ÖVP-Madatsare sprachen sich gegen die Bevorzugung gemeindeeigener Betriebe aus, da dadurch das Gleichgewicht der Marktwirtschaft erheblich gestört werde. Mandahus kritisierte die Praxis, daß Anboten ein Begleitschreiben mit Preisnachlässen beigelegt werde. "Damit könnte, besonders bei sogenannten Reservebegleitschreiben, dem Mißbrauch Tür und Tor geöffnet werden".

Zwtl.: ÖVP-Forderungspaket

Bei der Vergabe von kommunalen Aufträgen sollen auch die gemeindeeigenen Betriebe entsprechend der ö-Norm 2050 so behandelt werden wie private Unternehmungen. Die Grundsätze der Sauberkeit, Gleichbehandlung, Transparenz, Kontrollierbarkeit und Wirtschaftlichkeit müßten strikt beachtet werden. Zur Kontrolle der ordnungsgemäßen Vergabe bei Großaufträgen sollte nach den Vorstellungen der Wiener Volkspartei eine paritätisch besetzte Vergabekommission eingesetzt werden. (Schluß) fk/jh

NNNN

Sozialkonferenz über Rehabilitation im Alter (1)

Utl.: Gesetzliche Änderungen gefordert

=++++

12 Wien, 17.10. (RK-KOMMUNAL) Für die Schaffung entsprechender Möglichkeiten zur Rehabilitation älterer Menschen sprachen sich die Teilnehmer einer zweitägigen gesamtösterreichischen Sozialkonferenz aus, die Montag von Gesundheits- und Sozialstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER in Saalfelden eröffnet wurde. Veranstalter der Tagung ist das österreichische Komitee für Sozialarbeit (ÖKSA). Die Tagungsteilnehmer - Sozialexperten, Ärzte, Ergotherapeuten und Vertreter der einzelnen Landesregierungen - werden sich im Rahmen von Arbeitsgruppen mit den Problemen der Rehabilitation zu Hause, in den Heimen und im Krankenhaus, aber auch mit den Fragen "Wer ist chronisch krank?" und "Wer ist pflegebedürftig?" befassen. Tagungsort ist das Rehabilitationszentrum der Pensionsversicherungsanstalt der Arbeiter in Saalfelden.

Zwtl.: Recht auf Rehabilitation

Univ.-Prof. Dr. Stacher, Präsident des ÖKSA, betonte in seiner Eröffnungsansprache, daß auch der alte, nicht mehr im Arbeitsprozeß befindliche Mensch im Erkrankungsfall das Recht auf Rehabilitation habe. Er unterstrich, daß diese Rehabilitation jedoch bereits im Krankenhaus beginnen muß. Voraussetzung dafür ist allerdings eine Änderung der zur Zeit geltenden gesetzlichen Bestimmungen im Rahmen der Sozialversicherung, da diese der gegenwärtigen Situation nicht mehr entsprechen. Laut Stacher wird derzeit seitens der Sozialversicherung die Rehabilitation nur für im Arbeitsprozeß befindliche Menschen durchgeführt, für ältere Menschen gibt es hier nur eine "Kann-Bestimmung". Darüber hinaus wies er aber auch darauf hin, daß gegenwärtig die Unterscheidung zwischen "Pflegefall" und "Krankheitsfall" sehr willkürlich erfolgt. Aufgabe der Tagung wird es daher sein, Vorschläge auszuarbeiten, die zu einer Lösung dieses Problems beitragen sollen. (Forts.) zi/gg

NNNN

Sozialkonferenz über Rehabilitation im Alter (2)

Utl.: Auch in der BRD gesetzliche Änderung notwendig

=++++

13 Wien, 17.10. (RK-KOMMUNAL) Klaus GROSSJOHANN aus Bonn vermittelte eine Übersicht über den rechtlichen Anspruch auf Rehabilitation im Alter innerhalb verschiedener europäischer Länder. Demnach ist die Situation in der BRD analog der in Österreich. So gibt es in der BRD gegenwärtig 2,5 Millionen pflegebedürftige Personen, die zu Hause leben, wovon 1,5 Millionen einer ständigen Pflege bedürfen. In stationärer Pflege befinden sich etwa 250.000 Pflegebedürftige. Grossjohann schlug unter anderem die Einführung eines eigenen Pflegegesetzes zur finanziellen Sicherung der Kosten vor und wies in diesem Zusammenhang auf bereits bestehende Rehabilitationsmöglichkeiten in Schweden, Norwegen, England und den Niederlanden hin, wo es eine eigene Pflichtversicherung für Pflegebedürftige gibt.

Zwtl.: Fehlende Chancengleichheit

Prim. Prof. Dr. Franz GRUBER vom Wilhelminenspital sprach von der fehlenden Chancengleichheit des älteren Menschen und wies unter anderem drauf hin, daß die Rehabilitation schon von den Spitalskosten her diskriminiert ist, da nur ein Drittel des normalen Satzes gezahlt wird. Als erschwerend nannte er den Umstand, daß in ca. 60 Prozent der Fälle die Familien bzw. die Umgebung des Patienten versagen und nicht bereit sind, ihren Angehörigen wieder in die Familie zu integrieren. Laut Gruber sollte die Entscheidung über Krankheits-, Rehabilitations- oder Pflegefall, immer eine ärztliche Entscheidung bleiben und nicht von der Administration exekutiert werden. (Forts.) zi/jh

NNNN

Sozialkonferenz über Rehabilitation im Alter (3)

Utl.: Anteil der über 75jährigen steigt

=++++

14 Wien, 17.10. (RK-KOMMUNAL) Primaria Dr. Marion KALOUSEK vom Kuratorium für psychosoziale Dienste in Wien wies in ihren Ausführungen darauf hin, daß die Gruppe der über 75jährigen ständig ansteigt und damit der Bedarf an medizinischer, psychosozialer und sozialer Hilfestellung immer größer wird. Durch eine rechtzeitige und umfassende Hilfestellung im ambulanten Bereich bzw. zu Hause und durch das Anbieten diverser Dienste könne ein Krankenhausaufenthalt verhindert bzw. verkürzt werden. In diesem Zusammenhang unterstrich sie auch die Notwendigkeit einer entsprechenden Betreuung nach dem Krankenhausaufenthalt, wie dies etwa im Rahmen des Kuratoriums für psychosoziale Dienste in Form von mobilen Ambulanzen, Tageskliniken, Tagesstätten, einer Übergangspflege usw. geschieht.

Die heute, Montag, und morgen, Dienstag, in den Arbeitskreisen erarbeiteten Ergebnisse sollen die Grundlage für weitere Diskussionen über diese Problematik bilden. (Schluß) zi/gg

NNNN